



Industrie Energie

NEWSLETTER DER IG METALL FÜR EINE NACHHALTIGE INDUSTRIE-, STRUKTUR- UND ENERGIEPOLITIK

IG Metall kritisiert aktuelle Verkehrsinfrastrukturpolitik Seite 2

Reform des EEG schafft große Unsicherheit Seite 3

Branchendialog Solarwirtschaft: Am globalen Erfolg partizipieren Seite 3

1
2016

EXPERTENTEAM MASCHINENBAU DER IG METALL

Globalisierung und Demografie: Megathemen der Zukunft

Die drohende Verlagerung von Produktionsstätten auf dem stark global geprägten Markt des Maschinen- und Anlagenbaus stand im Zentrum der Diskussion des Expertenteams Maschinenbau der IG Metall. Aber auch andere Themen, wie der demografische Wandel, kamen bei dem Treffen der rund dreißig Betriebsräte aus den verschiedenen Teilbranchen des Maschinen- und Anlagenbaus Anfang März in der Vorstandsverwaltung der IG Metall zur Sprache.



Der Blick der Betriebsräte aus Unternehmen der Branche geht schon lange über den nationalen Tellerrand hinaus. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die aggressive Wettbewerbspolitik Chinas und dessen möglicher Marktwirtschaftsstatus rücken zunehmend in den Fokus der Betriebsratsarbeit. Das machte die Diskussion auf der Tagung deutlich, an der auch Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, teilnahm.

Generell zeigt sich, dass sich die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Teilbranchen recht unterschiedlich darstellt: Während beispielsweise die Bereiche Robotik und Automation volle Auftragsbücher vorweisen können, leiden der Energieanlagenbau

und die Textilmaschinenindustrie schon seit längerem unter Absatzschwierigkeiten. Auch die Teilbranchen Bau- und Landmaschinen, Photovoltaik und Industriearmaturen stehen vor großen und vielfältigen Herausforderungen.

FRÜHWARNSYSTEM

Die IG Metall plant daher, eine Art Frühwarnsystem einzuführen, das bei den Mitgliedern des Expertenteams auf großes Interesse stieß und eine lebhaftige Debatte auslöste. Vorgesehen ist, die wirtschaftliche Lage möglichst zahlreicher Betriebe des Maschinen- und Anlagenbaus zu erfassen und absehbare Entwicklungen in naher Zukunft zu beschreiben und zu bewerten. In der Gesamtschau können

dann Rückschlüsse auf Trends oder sich zuspitzende Situationen in den jeweiligen Teilbranchen gezogen werden.

Neben den Auswirkungen der Globalisierung auf die einzelnen Teilbranchen ging es bei dieser Tagung auch um die Folgen des demografischen Wandels in den Betrieben. Dies ist ebenfalls ein Thema, das die Gesamtbranche betrifft und verstärkt angegangen werden muss, da es den Belegschaften und den Betriebsräten buchstäblich unter den Nägeln brennt. Wie soll wertvolles betriebsinternes Wissen des Maschinen- und Anlagenbaus an nachfolgende Beschäftigtengenerationen weitergegeben werden, wenn zu wenige Fachkräfte an den entscheidenden Stellen aus- und weitergebildet werden? „Wir laufen einer bedrohlichen Fachkräftelücke entgegen“. Diese Einschätzung war Konsens auf der Tagung. Ein vom Branchenteam betreutes und von der EU gefördertes dreijähriges Projekt soll sich dieser Problematik annehmen. Es geht dabei darum, in enger Zusammenarbeit mit Betriebsräten des Maschinen- und Anlagenbaus an einer nachhaltigen Personalentwicklung und Weiterbildungskultur in den Betrieben zu arbeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Treffens waren die Themen „Werkverträge“ und „Kontraktlogistik“. Auch im Maschinenbau ist diese Praxis nach Ansicht der Betriebsräte inzwischen weit verbreitet, um Tarifverträge zu unterlaufen. Die Tagungen der Teilbranchen werden diese Strategie der Unternehmensleitungen thematisieren. Die Diskussion soll mit dem Ziel geführt werden, die Kampagne der IG Metall zu unterstützen.

IG METALL KRITISIERT AKTUELLE VERKEHRSINFRASTRUKTURPOLITIK

Bundesfernstraßengesellschaft keine Lösung

Deutschlands exportstarke Industrie ist auf funktionierende Straßen, Schienen und Wasserwege angewiesen. Aber Bund und Länder haben das Verkehrssystem jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren. Dabei steigen die Anforderungen an die Verkehrsnetze. Die IG Metall fordert daher nachhaltige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

In den letzten Jahren haben mehrere Regierungskommissionen auf den Investitionsstau und den Handlungsdruck bei der öffentlichen Infrastruktur hingewiesen. Derzeit befassen sich drei Ministerien mit diesem Problem: das Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzministerium. Alle drei wollen bis 2018 den Investitionsetat auf etwa 14 Milliarden Euro steigern. Ein großer Teil der Mittel soll in den Straßenbau fließen. Ein wichtiger, aber zu wenig ambitionierter Schritt, kritisiert die IG Metall. Denn der Investitionsbedarf liegt aktuell bei 45 Milliarden Euro.

Nun will die Bundesregierung eine Bundesfernstraßengesellschaft gründen. Dieser Vorstoß würde die bisherige Praxis umkrempeln, denn bisher verwalten die Länder im Auftrag des Bundes die Autobahnen und Fernstraßen. Das ist so im Grundgesetz festgeschrieben. Käme die Gesellschaft, hätte der Bund alleine das Sagen. Deshalb wächst in den Ländern der Widerstand gegen diesen Plan. Diese sehen ihren Einfluss schwinden und fürchten außerdem die Konkurrenz von privaten Investoren im Fernstraßenbau. Ein solcher Umbau hätte zur Folge, dass sich die Verwaltung in den nächsten zehn Jahren fast ausschließlich mit sich selber beschäftigen würde. Deshalb schlagen die Länder vor, das bestehende System zu reformieren und eine klare Aufgabenteilung zwischen ihnen und dem Bund zu vereinbaren.

GROSSER ÄNDERUNGSBEDARF

Allen Fachleuten ist mittlerweile klar, dass sich am bestehenden System etwas ändern muss. In der Vergangenheit wurde Personal in der Auftragsverwaltung der Länder massiv abgebaut. Die Folge: Projekte wurden nicht nach ihrer Dringlichkeit durchgeführt, sondern nur noch in solchen Ländern, die eine funktionierende Projektplanung gewährleisten konnten. Ob nun die Bundesfernstraßengesellschaft die durchschlagende Lösung bringt, bezweifelt die IG Metall. Denn eine Zen-



tralisierung mache nicht automatisch alles besser. Das zeigten die Probleme beim Netz der Deutschen Bahn AG. Die Gesellschaft habe außerdem nur einen Teil der Verkehrsinfrastruktur im Blick. Der erhebliche Investitionsstau im ÖPNV, bei der Schiene, bei den Wasser- und Landesstraßen werde damit nicht angegangen.

Die IG Metall fordert seit langem eine nachhaltige Investitionspolitik für Deutschland und Europa, die nicht mehr der Haushaltsdisziplin unterliegt und den Weg zu neuem, qualitativem Wachstum und zu mehr Arbeitsplätzen ebnet. Investitionen in die Planung, den Bau, Erhalt und Betrieb der Verkehrsinfrastruktur betrachtet sie als eine öffentliche Aufgabe, die auch in öffentlicher Hand bleiben muss. Privates Kapital zur Finanzierung der Infrastruktur lehnt die IG Metall ab. Auch steht sie öffentlich-privaten Partnerschaftsprojekten sehr kritisch gegenüber. Öffentliche Verkehrsinvestitionen müssen aus ihrer Sicht vorrangig aus Steuermitteln finan-

ziert werden. Die öffentliche Hand, so Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, müsse endlich ihren fiskalpolitischen Handlungsspielraum ausnutzen.

MEHR INVESTIEREN!

Überdies sollten öffentliche Investitionen von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Der Staat zahle heute real Negativzinsen. „Diese günstige Situation muss er für mehr Investitionen nutzen, ansonsten verhält er sich fahrlässig“, äußerte sich Lemb.

Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Bundesländern müssten schnell ein Ende finden, fordert die IG Metall. Daher sei eine klare Aufgabenteilung zu vereinbaren. Projekte priorisieren, durchfinanzieren und so schnell wie möglich umsetzen – dies sei jetzt die Aufgabe. Zudem müsse die öffentliche Verwaltung wieder gestärkt und das notwendige Personal aufgebaut werden.

REFORM DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZES (EEG) SCHAFFT UNSICHERHEIT

Mehr Wind für die Erneuerbaren

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) bekommt eine Menge Gegenwind für die vorgelegten Reformvorschläge zum EEG. Statt stabiler Rahmenbedingungen droht den erneuerbaren Energien ein fixer Deckel, der vor allem den Ausbau der Windenergie an Land drastisch abbremsen würde. Aber auch für die energieintensive Industrie bleibt die Perspektive unklar, denn die bestehenden Ausnahmeregelungen sind bis 2017 befristet. Was danach kommt, dazu sagt der Entwurf bisher nichts aus.

Nach Paris, wo sich die internationale Staatengemeinschaft auf sehr ehrgeizige Klimaziele geeinigt hat, setzt die EEG-Reform aus Sicht der IG Metall die falschen Signale für die Energiewende in Deutschland. „Die erneuerbaren Energien sind die Zukunft, ihr Ausbau darf nicht ausgebremst werden. Das ist klimapolitisch und industriepolitisch der richtige Weg“, so Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandmitglied der IG Metall. „Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist ein zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Industriepolitik“.

Die technologische Entwicklung der letzten Jahre hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kosten der erneuerbaren Energien stark gesunken sind. Diese Stärke der industriellen Basis bei den erneuerbaren Energien muss weiter ausgebaut werden, fordert die IG Metall. Statt der im EEG vorgesehenen Ausbaubegrenzung durch starre und viel zu niedrige Kapazitätsobergrenzen setzt sie auf eine wirtschaftliche Dynamik, mit der Innovationen für eine kosteneffiziente Energiewende weiter angetrieben werden.

Ebenso wichtig ist es für die IG Metall, die Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf andere industrielle Branchen zu beachten. Insbesondere müssen Zusagen auf Umlagebefreiung langfristig und zuverlässig aufrechterhalten werden, um energieintensiven Branchen – wie beispielsweise die Aluminium- und Stahlindustrie sowie die Stahl verarbeitende Industrie mit ihren Gießereien und Schmieden – eine Zukunft am Standort Deutschland zu ermöglichen.

Bei der zweiten Betriebsrätetagung des IG Metall-Netzwerks Windindustrie haben Betriebsräte aus Unternehmen entlang der gesamten Produktionskette der Windindustrie ihre Forderungen an die EEG-

Reform diskutiert ([Link zum Brancheninfo Wind](#)). Im Zentrum stehen für sie:

- ✂ Mehr Flexibilität statt einer starren Obergrenze von 45 Prozent bis 2025 beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Industrie braucht ein ausreichendes Volumen bei Ausschreibungen für Windanlagen, damit sich Investitionen in innovative Fertigungsprozesse lohnen.
- ✂ Der im EEG 2014 festgelegte Ausbaukorridor für Wind an Land muss bestehen bleiben. Daraus ergibt sich ein jährliches Ausschreibungsvolumen von 4 200 MW Brutto. Die bisher vorgesehenen 2 000 MW gefährden die wirtschaftliche Entwicklung der Branche.
- ✂ Die Einführung von Ausschreibungen muss ein Höchstmaß an Planungs- und Rechtssicherheit bei Wind Offshore gewährleisten. Offshore Projekte haben lange Laufzeiten. Unklare Zukunftsperspektiven gefährden Beschäftigung.

Auch in den Ländern stoßen die Vorschläge aus dem BMWi zur Reform des EEG auf deutliche Kritik. Die Regierungschefs der fünf norddeutschen Bundesländer haben sich in einem „Wismarer Apell“ ([Link zum Wismarer Apell](#)) für einen weiteren Ausbau der Windenergie an Land und auf See ausgesprochen, den auch die IG Metall Küste unterzeichnet hat.

Für ihre Forderungen hat die IG Metall Bündnispartner. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ([Link zum Brief](#)) haben Wolfgang Lemb, Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands Windenergie und Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, gemeinsam Änderungen am Reformvorschlag zum EEG gefordert.

Anfang Juni wird die IG Metall in einem Fachgespräch „Energiewende und EEG-Reform“ ihre Positionen mit Vertretern aus Politik und Bundesministerien diskutieren. Eingeladen sind Betriebsräte aus unterschiedlichen Branchen der IG Metall (siehe Veranstaltungshinweis Seite 4). Außerdem werden in den nächsten Wochen intensive Gespräche notwendig sein, damit die Reform des EEG für alle Beteiligten zu guten Ergebnissen führt und die Energiewende kräftigen Rückenwind bekommt.

BRANCHENDIALOG „SOLARWIRTSCHAFT“ MIT DEM BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM

Am globalen Erfolg partizipieren

Weltweite Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrungen durch Dumpingpreise sind einige der großen Herausforderungen, vor denen die Solarbranche steht. Sie waren Gegenstand eines Gesprächs, zu dem Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), sowohl Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden und deutschen Solarunternehmen als auch Projektierer, Betriebsräte und die IG Metall im Januar nach Berlin eingeladen hatte. Im Mittelpunkt dieses Workshops „Solarwirtschaft am Standort

Deutschland“ im Rahmen des Branchendialogs standen die industrie- und handelspolitischen Rahmenbedingungen.

Nach aktuellen Prognosen wird die Solarindustrie in den nächsten Jahren weltweit Wachstumsraten von jährlich 15 Prozent erreichen. An diesem globalen Trend will auch die deutsche Solarindustrie partizipieren. Ziel des vom BMWi organisierten Dialogs ist es, die deutsche Solarbranche zu stärken. Angesichts ihrer hohen Qualität, außerordentlichen Innovationskraft und hohen System- ➤



➤ **Fortsetzung von Seite 3**

kompetenz stehen ihre Chancen gut, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten und von der weltweiten Nachfrage zu profitieren.

Aus Sicht der IG Metall bedarf es allerdings verlässlicher Rahmen- und Investitionsbedingungen für die in Deutschland verbliebene Solarindustrie. Nur so könne die Solarwirtschaft im harten globalen Wettbewerb durch bessere Produkte punkten, fasst Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, die von der Gewerkschaft in den Branchendialog eingebrachten Positionen zusammen. Die deutsche Photovoltaik-Forschungslandschaft an Hochschulen und Instituten sei weltweit nach wie vor führend. Ihr hohes Produkt- und Prozesswissen müsse jedoch industriepolitisch stärker genutzt werden. Kern einer neuen Industriepolitik für die Photovoltaik müsse es daher sein, auf die konzentrierte Förderung von Forschungs- und Entwicklung sowie von industrieller Produktionskapazität zu setzen. Ein nachhaltiger Beschäftigungsaufbau und Gute Arbeit seien in der Branche möglich. Die IG Metall verlangt substantielle Verbesserungen für die Branche und ihre Beschäftigten. Jegliche staatliche Förderung müsse sich auch in besseren Arbeits- und Entgeltbedingungen niederschlagen.

Diese Forderung greift auch das Brancheninfo auf, das unter anderem für die Mitgliederwerbung einsetzbar ist.

➤ [Link zum Arbeits- und Positionspapier](#)

➤ [Link zum Brancheninfo PV-Solar](#)

Termine

Branchentagung Aufzüge und Fahrtreppen 5.-7. April 2016 in Dresden

Immer mehr Aufzugsanlagen werden mit Fernüberwachungsanlagen ausgerüstet. Die Digitalisierung hält Einzug. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Beschäftigten der Branche? Die Tagung befasst sich mit diesen digitalisierten Systemen und den Konsequenzen für die Beschäftigten sowie mit den Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte.

➤ Anmeldung: Michael.Jung@igmetall.de

Branchentagung Heizungsindustrie 11.-13. Mai 2016 in Braunschweig

Die Tagung beschäftigt sich mit bestehenden Arbeitszeitmodellen und der Entgrenzung von Arbeitszeit im Spannungsfeld fortschreitender Digitalisierung. Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der Betriebsräte stehen im Mittelpunkt der Tagung.

➤ Anmeldung: Sascha.Treml@igmetall.de

Branchentagung Industriearmaturen 31. Mai - 2. Juni 2016 in Braunschweig

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) – Strategieentwicklung und Regelungen einer Betriebsvereinbarung – wird Gegenstand der Tagung sein. Die aktuellen Geschäftsstrategien bezüglich Produktion und Vertrieb sowie der Einsatz industrieller Dienstleister stehen zur Debatte. Die wirtschaftliche Situation der Branche und der Einzelunternehmen wird beleuchtet.

➤ Anmeldung: Peter.Kern@igmetall.de

IG Metall Fachgespräch: Energiewende und EEG-Reform 2. Juni 2016 in Berlin

Der Reformvorschlag aus dem Bundeswirtschaftsministerium trifft in der IG Metall auf massive Kritik. Er bleibt hinter der Vorgabe von Paris zurück, wo sich die Staatengemeinschaft ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt hat. Im Mittelpunkt des Fachgesprächs wird die Debatte um Ausbaupfade und Begrenzungen für den weiteren Zubau von erneuerbaren Energien stehen. Befürchtet wird, dass hierdurch der Markt für Windenergie an Land mehr als halbiert werden könnte. Auch muss gesichert werden, dass die Umlagebefreiungen für energieintensive Unternehmen langfristig und verlässlich stabil bleiben. Diese Aspekte werden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Bundesministerien diskutiert. Der Teilneh-

merkreis für das Fachgespräch ist begrenzt.

➤ Anmeldung:
Angelika.Thomas@igmetall.de

Branchentagung Holzbearbeitungs- maschinenindustrie

13.-15. Juni 2016 in Bielefeld

Kostensenkungsstrategien der Unternehmen stellen die Betriebsräte ständig vor neue Herausforderungen. Im Mittelpunkt der Tagung stehen Antworten auf die Themen „Fremdvergabe“ und „Werkverträge“. Teil der Veranstaltung ist eine Betriebsexkursion bei der Firma WEEKE Bohrsysteme GmbH.

➤ Anmeldung: Sascha.Treml@igmetall.de

Branchentagung Textilmaschinenbau 29.-30. Juni 2016 in Maintal

Im Zentrum der Tagung stehen der demografische Wandel und seine Bewältigung. Mit einem Vertreter des VDMA werden die Betriebsräte weitere aktuell drängende Probleme diskutieren. Ein Erfahrungsaustausch zu Mitbestimmungsfragen schließt sich an.

➤ Anmeldung: Michael.Jung@igmetall.de

Save the date:

IG Metall Maschinenbaukonferenz 29.-30. September 2016, Berlin, Steigenberger Hotel

Die Herausforderungen, vor denen die Branche steht, die Zukunftsperspektiven und die Gestaltungsoptionen in den Unternehmen sind Gegenstand dieser Konferenz. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, und Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer des VDMA, diskutieren mit den Betriebsräten. Bitte den Termin vormerken! Die Konferenz findet nach § 37,6 BetrVG statt.

➤ Vorabinfos:
Susanne.Schwarz@igmetall.de

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VBo4,
60329 Frankfurt/Main
Verantwortlich: Wolfgang Lemb
Redaktion: Astrid Ziegler, Peter Kern,
Angelika Thomas, Sascha Treml,
Michael Jung, Max Waclawczyk
Textbearbeitung, Satz und Layout:
WAHLE COM, 56479 Elsoff
Fotos: IG Metall, Siemens, busse-und-
bahnen.nrw.de
Kontakt und Bestellung: ise@igmetall.de
Datum: 3/2016